



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Ansprechpartner/in: Frau Schwier

Telefon: (0221) 29251

Fax: (0221) 29241

E-Mail: uta.schwier@stadt-koeln.de

Datum: 11.05.2009

Beschlussprotokoll

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 09.03.2009, 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

I. Öffentlicher Teil

1 Niederschriften

1.1 Niederschrift über die Sitzung vom 26.01.2009

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.2 Neue Anfragen

**3.2.1 Anmeldung an Kölner Grundschulen
AN/0291/2009**

**Beantwortung zu: Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.02.2009 - Anmeldung an Kölner Grundschulen -
0820/2009**

**3.2.2 Plätze für den gemeinsamen Unterricht
AN/0293/2009**

**3.2.3 Weiterführender Schulbesuch nach der Grundschule
AN/0299/2009**

**Beantwortung zu: Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.02.2009 - Weiterführender Schulbesuch nach der Grundschule -
0888/2009**

**3.2.4 Neubau der Montessori-Grundschule
AN/0189/2009**

**3.2.5 Schulhofgestaltung OGTS
AN/0355/2009**

**3.2.6 Weiterführung der Hochbegabtenförderung
AN/0332/2009**

**3.2.7 Gesamtschulen in Köln
AN/0378/2009**

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Resolution zur Kürzung der Regelschullehrer-Zuschläge durch das Land
AN/0413/2009**

Beschluss:

Der Schulausschuss der Stadt Köln fordert die Landesregierung NRW auf, die Kürzungen der Regelschullehrer-Zuschläge für Förderschüler/-schülerinnen zurückzunehmen.

Vor allem die beiden Kölner Gesamtschulen Holweide und Rodenkirchen haben in der Vergangenheit ein erfolgreiches Fördersystem des gemeinsamen Unterrichts behin-

derter und nichtbehinderter Kinder entwickelt und damit einen wichtigen Beitrag zur Integration geleistet. Wir fordern die Landesregierung auf, den allgemein bildenden Schulen die Personalressourcen zur Verfügung zu stellen, die die bisherige erfolgreiche Arbeit ermöglicht haben sowie bei der notwendigen Ausweitung der sonderpädagogischen Förderung für eine ausreichende und bedarfsgerechte Personalausstattung zu sorgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5 Vorlagen der Verwaltung

5.1 Fortführung der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln (U 25-Konferenz) und Einrichtung des lokalen Büros "Die Chance" im Sozialraum Chorweiler 0352/2009

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative(n)

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, in gemeinsamer Geschäftsführung mit der Agentur für Arbeit Köln die Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln zunächst für weitere 2 Jahre fortzuführen, den dem Beschlussvorschlag beigefügten Zwischenbericht der U 25 Konferenz fortzuschreiben und die Fachausschüsse regelmäßig über die Ergebnisse der Arbeitskonferenz zu informieren.

Die personelle Ausstattung wird für den Zeitraum der Fortführung wie folgt festgelegt:

- a) 1 Stelle A 13 g.D. Projektleitung
- b) 1 Stelle A 11 für die fachliche Prozessbegleitung SGB II (wie bisher durch ArGe einzubringen und zu besetzen)
- c) fachliche Prozessbegleitung SGB VIII
Fachressource aus dem Aufgabenbereich Übergang Schule - Beruf (u.a. § 13 SGB VIII) im Umfang von 1 x wöchentlich 3 Stunden

d) Fachberatung SGB III

Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Gesprächen mit der Agentur für Arbeit Köln sicherzustellen, dass entsprechende Fachressourcen aus dem Rechtskreis des SGB III für die U 25 Konferenz und die von dort initiierten Projekte ebenfalls im Umfang von 1 x wöchentlich 3 Stunden zur Verfügung zu gestellt werden.

Weiterhin beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, im Rahmen der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln (U 25 Konferenz) das lokale Büro „Die Chance“ im Sozialraumgebiet Chorweiler als Modellprojekt einzurichten.

In diesem Büro sollen Agentur für Arbeit Köln, ARGE Köln, Schulamt, Jugendamt, Gesundheitsamt und Sozialamt mit dem Ziel einer optimierten Umsetzung ihrer jeweiligen originären Aufgabenstellungen zusammengebracht werden.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

**5.2 Berufung eines Vertreters/ einer Vertreterin einer Religionsgemeinschaft als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
0746/2009**

Beschluss:

Der Rat beschließt, als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme für die Katholische Kirche

Frau Uta Radermacher
Katholisches Schulreferat
Domkloster 3
50667 Köln

zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.3 Mitwirkung der BV bei der Wahl der Schulleitungen durch die Schulkonferenzen
0752/2009**

Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt folgende Anregung der BV Nippes nach § 40 Abs. 13 der Geschäftsordnung des Rates, ab:

Die BV Nippes hat in ihrer Sitzung vom 17.04.2008 folgenden Beschluss gefasst: Der Schulausschuss wird gebeten, im Zusammenhang mit der in der Mitteilung 10.2.1. am 24.01.2008 an die BV Nippes avisierten Initiative der Verwaltung, die nach Vorliegen von Verwaltungsvorschriften zu § 61 Schulgesetz ergriffen werden soll, nachstehenden Vorschlag zu beschließen. „Neben einem stimmberechtigten Vertreter zur Wahl der Schulleitung werden in die jeweiligen Schulkonferenz aller Schulformen zwei nicht stimmberechtigte Vertreterinnen bzw. Vertreter durch Wahl der betreffenden BV entsendet. Die BV kann für diese beiden nicht stimmberechtigten Mitglieder jeweils eine Stellvertretung benennen. Sollte der Schulträger auf die Benennung des stimmberechtigten Mitgliedes verzichten, entscheidet die FVB, wer von den von der BV benannten stimmberechtigt ist“.

Gem. § 40 Abs. 13 der Geschäftsordnung des Rates ist zu Anregungen der Bezirksvertretungen an die Ausschüsse durch Beschluss Stellung zu nehmen.

Die Anregung ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

1. Der Meinungsbildungsprozess zur Handhabung der Besetzung der Schulkonferenzen durch den Schulträger ist im Schulverwaltungsamt noch nicht abgeschlossen.
2. Die unklare gesetzliche Lage um den § 61 Schulgesetz NRW lässt noch nicht voraussagen, wie in Zukunft das Verfahren der Besetzung der Schulleiterstellen zu handhaben ist. Insbesondere sind gerichtliche Entscheidungen abzuwarten.
3. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist nicht zuständig für die Entscheidung, welche Vertreter aus welchen Gremien an den Schulkonferenzen teilnehmen. Dazu müsste zuerst die Zuständigkeitsordnung geändert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.4 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen
0504/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat die Annahme der fol-

genden Beschlussvorlage, in der Fassung, wie sie der Integrationsrat beschlossen hat:

„Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008 nimmt der Rat der Stadt Köln das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier zum Kölner Integrationskonzept als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln zur Kenntnis, um in der Stadt ein zuwanderungsfreundliches Klima zu schaffen, die Offenheit der Aufnahmegesellschaft und die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten zu fördern und für Einheimische und Zugewanderte eine gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu erreichen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

1. das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier fortzuentwickeln, eine fachliche Bewertung durch die Fachverwaltung vorzunehmen und es dem Rat als Gesamtkonzept zur abschließenden Beschlussfassung Ende 2009 vorzulegen.

Die Verwaltung wird hierzu beauftragt,

- die noch nicht bearbeiteten Querschnittsthemen „Frauen“, „Wohnen“, „Kultur“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Seniorinnen und Senioren“, „Menschen mit Behinderung“ und „Lesben, Schwule und Transgender“ in der bestehenden Projektstruktur zu erarbeiten.
 - unter Beteiligung der an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes beteiligten Akteure eine umfassende Priorisierung der Handlungsempfehlungen vorzunehmen
 - die vorliegenden Empfehlungen mit Maßnahmen zu versehen sowie fehlende Ressourcen (Finanzmittel/Personal) zu benennen und den einzelnen Maßnahmen zuzuordnen.
2. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen sicher stellen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion

5.5 Unterstützung der Kölner Schulen durch die Stadt (Schulträger) hier: Einleitung eines Veränderungsprozesses 0514/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt die Einleitung eines umfassenden Veränderungsprozesses im Bereich der Schulunterstützung durch den Schulträger.
2. Der Rat stellt den Bedarf für die mit der Einleitung eines Veränderungsprozesses im Bereich der Schulen verbundene Vergabe an einen externen Berater für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von insgesamt zwei Großgruppenkonferenzen fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Der Rat verzichtet auf den Vergabevorbehalt. Die gem. „Eckpunktepapier des Bundesrechnungshofes für den wirtschaftlichen Einsatz externer Berater“ im Vorfeld erforderlichen Prüfungen hinsichtlich Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit des Beratereinsatzes sind erfolgt und in der **Anlage 1** beschrieben.
3. Der Rat beschließt die Finanzierung der Gesamtkosten der geplanten Maßnahme in Höhe von 196.000 € (Kostenkalkulation s. **Anlage 2**) aus dem Teilergebnisplan 0301 „Schulträgeraufgaben“, Teilplanzeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.6 Resolution zur Stellenbesetzung von Schulleitungsstellen an Grundschulen 0817/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, folgende Resolution an die Landesregierung NRW zu richten:

Die administrative Belastung der Schulleitungen an Grundschulen und hier vornehmlich der Schulleiterinnen bzw. der Schulleiter hat in den vergangenen Jahren teilweise verbunden mit Änderungen im pädagogischen Bereich erheblich zugenommen. Beispielhaft seien hier genannt

- Einstellungen von Vertretungskräften
- Eingabe von Schülerdaten in Programme
- Gefährdungsanalysen bei Schwangerschaften
- betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)
- Sicherheitsmanagement
- Brandschutzaufgaben
- Schulentwicklungsarbeiten wie Schulprogramme und Fortbildungsprogramme einschließlich Mitverwaltung eines Budget und Einwerbung von Referenten
- Kooperation mit Trägern im Rahmen von Offenen Ganztagschulen
- gestiegene Anforderungen an Verfahren und Inhalte z.B. im Verfahren zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf
- gestiegene Anforderungen aufgrund der Verhaltensänderung (gestiegene Anforderungen) der Eltern.

Diese Entwicklung geht absehbar weiter. Beispielhaft sei hier das Maßnahmenpaket zur „Stärkung der eigenverantwortlichen Schule Nordrhein-Westfalen“ genannt. Die in mehreren Schritten erfolgende Übertragung der Dienstherreneigenschaft und die Übertragung von personalvertretungsrechtlichen Kompetenzen an die Lehrerräte werden die Schulleitungen zusätzlich belasten. Hier ist insbesondere zu bemerken, dass zunehmend juristische Kenntnisse erforderlich sind. Auch wenn die Schulleitungen in Fortbildungsprogrammen entsprechende Kenntnisse vermittelt bekommen, so wird diese Tätigkeit für eine(n) als Pädagoge ausgebildete(n) Schulleiter/in oder stellvertretende(n) Schulleiter/in ein fremdes Feld bleiben und immer einen zeitlich umfassenden und besonderen Aufwand bedeuten.

Die vorhandene und absehbar weitere Belastung der Schulleitungen führt dazu, dass es immer schwieriger wird, Bewerber für Schulleitungsstellen an Grundschulen zu finden. Die örtliche Schulaufsicht Köln praktiziert bereits seit Jahren eine Qualifizierung für potentielle Bewerber/innen. Dies hat sicher das Problem gemildert, aber nicht beseitigen können. Die im Rahmen des Maßnahmenpakets vorgenommene Streichung der bisherigen 18monatigen Beförderungssperre für Schulleitungen und deren Stellvertretungen ist sicherlich ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Attraktivität von Schulleitungsfunktionen.

Eine Anhebung der Besoldung für Schulleitungen wäre ein weiterer und wichtiger Anreiz für potenzielle Bewerber/innen. Neben einem Besoldungsanreiz, der dazu beitragen kann, die Schulleitungsfunktion attraktiver zu machen, müssen Schulleitungen aber vor allem eine erhebliche Entlastung von der Unterrichtsverpflichtung erfahren.

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung NRW in Übereinstimmung mit entsprechenden Vorstandsbeschlüssen des Städtetages NRW daher auf, weitere Anreize für potenzielle Bewerber/innen durch die Anhebung der Besoldung und Entlastung von der Unterrichtsverpflichtung zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.7 Erweiterung der Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20), Weinsbergstraße 72, 50823 Köln 0730/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Schulgesetz (SchulG) die Erweiterung der Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik um den Bildungsgang Qualifizierungsmaßnahme für Ergänzungskräfte in Kindertageseinrichtungen zur/zum Staatlich anerkannten Erzieherin/ Staatlich anerkannten Erzieher in Teilzeitform zum 01.08.2009 als Schulversuch gem. § 25 SchulG am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20), Sek. II, Weinsbergstr. 72, 50823 Köln.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen

**6.1.1 Mündliche Anfrage von Frau Ulke - GGS Am Rosenmaar 3, 51061 Köln
0571/2009**

**6.1.2 Toilettenanlage in der GS Lebensbaumweg
0569/2009**

**6.1.3 Einrichtung einer zentralen Mensa in der Stadthalle Mülheim; Mündliche
Anfrage von Fr. Ulke
0780/2009**

**6.1.4 Neubau einer Grundschule in Volkhoven-Weiler, Fühlinger Weg 7
0867/2009**

**6.1.5 Mündliche Anfrage von Frau Ulke - Raumsituation der KGS Dago-
bertstr.
0756/2009**

**6.1.6 Außensportanlage am Gymnasium Porz-Wahn
Anfrage Dr. Schlieben in der Sitzung des Ausschusses Schule und
Weiterbildung am 26.01.2009
0891/2009**

6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

6.3 Mitteilungen der Verwaltung

**6.3.1 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2009"
0367/2009**

**6.3.2 Ein wichtiger Meilenstein für die Behindertenpolitik und die Rechte behinderter Menschen: "Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" der Vereinten Nationen ab 1.1.2009 auch für Deutschland verbindlich
5832/2009**

**6.3.3 Bürgerschaftliches Engagement
0575/2009**

**6.3.4 Kürzung der Regelschullehrer-Zuschläge für alle Förderschüler an der Gesamtschule Holweide
0761/2009**

**6.3.5 Zuwendungen für Investitionen zum Ausbau von Ganztags- und Übermittagsbetreuung ("1000-Schulen-Programm)
0773/2009**

**6.3.6 Förderung hoch begabter Kinder und Jugendlicher in Köln
0879/2009**

**6.3.7 Montessori-Schulzentrum Rochusstr. 147, 50827 Köln (Bickendorf)
0815/2009**

**6.3.8 Baumaßnahmen Offene Ganztagschule im Primarbereich, Ganztags-hauptschulen, Übermittagsbetreuung Gymnasien, Maßnahmen Sekundarstufe I
Planungs-/Ausbaustand 27.02.2009
0889/2009**

- 6.3.9 Einführung Mittagsversorgung: Sachstände an Kölner Gymnasien
0874/2009**

- 6.4 Mitteilung über den Stand der Schulbausanierung**

- 6.4.1 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen -
Sanierung und Neubau
0886/2009**

- 7 Anfragen**

- 7.1 Mündliche Anfrage von Herrn van Benthem - Sonderschule Mörike-
straße in Köln-Porz**

- 7.2 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Gutzeit - Mittagsbetreuung im Blü-
cher-Gymnasium in Köln-Nippes**

- 7.3 Mündliche Anfrage von Frau Gebauer - Genehmigungsverfahren von
Privatschulen, hier: "Grundschule Phorms"**

- 7.4 Mündliche Anfrage von Frau Gebauer - Schule ohne Homophobie-
Schule der Vielfalt**

- 7.5 Mündliche Anfrage von Frau Winkin - Sporthalle der IGS Holweide**

- 7.6 Mündliche Anfrage von Frau Röhren - Zusammenlegung von Unter-
richtsstandorten für Oberstufenschüler**

7.7 Mündliche Anfrage von Frau Demirel - Toilettengeld an Schultoiletten

7.8 Mündliche Anfrage von Frau Jaeger -Investitionsprogramm zur Konjunkturbelebung

8 Verschiedenes